



AFRIKA/KONGO DR - Kanonische Strafen für den Geistliche angekündigt, der die CENI leitet

Kinshasa (Fidesdienst)- Die kongolesischen Bischöfe haben am Ende ihrer Plenarversammlung einen neuen Appell lanciert für die Befreiung der drei Assumptionisten-Priester, die im Osten der DR Kongo entführt wurden. „Wir haben an die tragische Situation der Assumptionisten-Priester , Jean-Pierre Ndulani, Anselme Wasikundi und Edmond Bamutupe erinnert sowie an die zahlreicher anderer Landsleute, die in der Diözese von Butembo-Beni“ entführt wurden“, heißt es in der Botschaft der Bischöfe. Sie fordern die Regierung auf „ diese Situation in die Hand zu nehmen und die Entführer zu identifizieren, zu fassen und die Geißeln zu befreien.“ Es wird außerdem empfohlen einen Krisenstab zu bilden, der mit der Behandlung des Falls „bis zur Befreiung all unserer entführten Landsleute“ beauftragt werden soll. Auch die UNO-Mission im Kongo (MONUSCO) solle einbezogen werden, da dies ihrem „Mandat entspreche mit den zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln den Schutz der Zivilbevölkerung sicherzustellen. Die drei Priester wurden am 19. Oktober letzten Jahres entführt (s. Fides 22/10/2012 und 22/1/2013). IN dem Kommunique der Kongolesischen Bischofskonferenz heißt es weiter, dass Don Apollinaire Malumalu seines Amtes als Direktor des Panafrikanischen Instituts Kardinal Martino enthoben wurde; es werden kanonische Strafmaßnahmen seitens seines Bischofs angekündigt. „Der Fall Apollinaire Malumalu, Priester in der Diözese von Butembo-Beni, der sich entschlossen hat innerhalb der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission (CENI) zu arbeiten, wird bald von seinem Bischof zitiert werden, der ihm gegenüber die vorgesehenen kanonischen Strafmaßnahmen anwenden wird.“ Don Apollinaire Malumalu wurde am 7. Juni von der Nationalversammlung, dem Unterhaus des Parlaments zum Vorsitzenden der CENI gewählt, obwohl die Bischöfe bereits in einer vorhergehenden Verlautbarung den Priestern, Ordensmännern und Ordensfrauen untersagt hatten, „aktiv in politischen Parteien und politischen Vereinigungen mitzuwirken, ebenso wie in der Leitung von staatlichen Institutionen jeder Ebene, die mit der Organisation der Wahlen beauftragt sind.“(s. Fides 8/6/2013).